

Landesregierung unterschlägt Bürger-Beschwerden

WINDENERGIE Antwort auf Kleine Anfrage von FDP-Abgeordneten zu Schallprognosen von Windenergie-Anlagen

Der Landkreis Aurich fehlt in einer Aufzählung von Kommunen, in denen sich Bürger über negative Auswirkungen der Windenergie beschweren.

DORNUM/GROßHEIDE/ERT

Der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Gero Hocker war im Energie-Erlebnis-Zentrum Roggenstede, wie die Ortsvorsteherin Kerstin Harms das von 213 Windenergie-Riesen umzingelte Dörfchen ironisch nennt. „Es ist einfach unglaublich, wenn man dort steht – das ist nicht zu ertragen“, sagt er im KURIER-Gespräch. Er versteht daher den Unmut der mittlerweile 800 Bürgerinitiativen, die in Deutschland gegen die angeblich umweltfreundliche Energie kämpfen – weil sie ihnen die Nerven und den Schlaf raubt durch Lärm, Vibrationen, Schattenschlag und Infraschall.

Aus diesem Grund richtete er zusammen mit dem FDP-Landtagsabgeordneten Christian Grasha am 22. August eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung (Drucksache 17/8614) an die Landesregierung, in der es um die Berechnungsmodelle zur Beurteilung der Auswirkungen von Schall durch Windkraftanlagen geht. Sie entsprechen nach Ansicht der Politiker nicht mehr den heutigen Gegebenheiten.

„Erhebliche Belastungen“

„Im tatsächlichen Betrieb werden deutlich höhere Schallimmissionen festgestellt, die zu erheblichen Belastungen für Anwohner führen“, heißt es in einer Vorbemerkung der Abgeordneten. „Das heute angewandte Berechnungsmodell nach DIN ISO 9613-2, das von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft empfohlen wird, geht von bodennahen Schallquellen mit einer mittleren Höhe von maximal 30 Metern aus. In der Praxis haben die in Niedersachsen genehmigten Windkraftanlagen eine Nabenhöhe von 140 Metern und mehr.“

Die Landesregierung bestätigt in ihrer Antwort, dass die zunehmende Schallquellenhöhe „zu



In den Augen der Roggenstedeer ist dieser Wald aus Windenergieanlagen alles andere als umweltfreundlich. FOTO: REQUARDT-SCHOHALS

zunehmenden Bedenken hinsichtlich der Prognosequalität“ führt und verweist auf die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI). Die LAI hat auf ihrer 134. Sitzung Anfang September in Husum empfohlen, die „Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen“ mit Stand vom 30. Juni 2016 anzuwenden. Sie beinhalten eine Modifikation der DIN ISO 9613-2, die sogenannte „Interimsmethode“. „Aufgrund der enormen Komplexität sowohl der Geräuschestehung als auch der Ausbreitung im Nachlauf sind weitere Fortschritte in der Modellierung notwendig“, stellt die Landesregierung fest.

Für Aufsehen sorgte die Antwort auf die Frage, gegen welche Standorte oder Windkraftanlagen konkret Beschwerden

von Bürgern wegen zu hoher Schallbelastungen vorgebracht wurden. In der Beschwerdeliste kommen unter anderem die Landkreise Hameln-Pyrmont, Wittmund, Friesland und Leer sowie die Städte Emden, Oldenburg und Hameln vor, nicht aber der Landkreis Aurich. „Die anderen unteren Immissionsschutzbehörden haben Fehlanzeigen gemeldet“, heißt es dazu lapidar in der Drucksache 17/8777.

„Das ist gelogen“

„Das kann nicht sein und ist gelogen“, lautet der postwendende Kommentar von Manfred Knake im Namen des Wattenrats. „Im Landkreis Aurich gibt es die höchste Windkraftdichte in Deutschland, in der Stadt Aurich hat die Firma Enercon ihren Firmensitz. Der Landkreis Aurich

ist das Schaufenster des Herstellers. Hier gibt es enge Verfilzungen zwischen dem Hersteller, der Kreisverwaltung, Teilen der Politik und den Investoren.“

Sven Reschke-Luiken aus Arle machte seinem Ärger in einem offenen Brief an das niedersächsische Umweltministerium Luft: „Die Klagen der Anwohner erreichen nicht nur die Immissionsschutzbehörde beim Landkreis, sondern sind zudem durch zahlreiche Presse-, Radio- und Fernsehberichte dokumentiert. Dass der Landkreis diese Probleme negiert, wundert mich nicht wirklich. Würde er doch des illegalen Betriebes eigener Windkraftanlagen in diesem Bereich überführt! Dass aber Ihr Ministerium, das ich persönlich und seitensweise über die Machenschaften und Beschwerden

in diesem Skandal-Landkreis informiert habe, das alles bei der Beantwortung dieser einfachen Frage ‚vergessen‘ hat, macht mich wütend. Auch wenn Sie einen politischen Auftrag haben, Ehrlichkeit und Vollständigkeit darf man doch wohl auch (oder gerade) bei einer SPD-Führung erwarten!“

Antwort vom Landkreis

Wie die Landesregierung in einer Vorbemerkung informiert, haben „in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit“ nur 35 der insgesamt 55 für den Immissionsschutz zuständigen Landkreise, kreisfreien und großen selbstständigen Städte in Niedersachsen geantwortet, die von der Landesregierung wegen der Fragen 3 und 6 angeschrieben worden waren.

Dazu gehörte auch der Landkreis Aurich, wie der KURIER von Pressesprecher Rainer Müller-Gummels erfuhr: „Der Landkreis Aurich hat gegenüber dem Ministerium die folgende Stellungnahme zu Punkt 3 abgegeben: ‚Beschwerden wegen zu hoher Schallbelastung wurden gegen Windenergieanlagen in den Gemeinden Dornum, Großheide sowie der Stadt Wiesmoor von Anwohnern aus den Ortschaften Arle, Roggenstede und Mullberg vorgebracht. Warum die Stellungnahme in der Antwort des Ministeriums auf die Anfrage der FDP-Abgeordneten keine Berücksichtigung gefunden hat, ist uns nicht bekannt. Auf jeden Fall trifft die Feststellung, der Landkreis Aurich habe ‚Fehlanzeigen gemeldet‘ nicht zu.“

„Flanke aufgemacht“

Auf die Frage, warum die Beschwerden der von Windparks entnervten Bürger im Landkreis Aurich unter den Tisch fielen, konnte das Umweltministerium dem KURIER bis gestern Abend keine Antwort geben. „Ich verstehe nicht, dass man vor den Landtagswahlen eine solche Flanke aufmacht“, wundert sich Hocker. „Da wird noch nicht einmal versucht, das zu rechtfertigen.“ Er hat des Öfteren bei der Landesregierung die Genehmigungspraxis des Landkreises Aurich moniert, in dem – wie in Hinte geschehen – ein Windpark ohne Umweltverträglichkeitsprüfung errichtet werden kann. „Hier verfehlt eine Kommune die Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Prinzipien“, kritisiert der FDP-Politiker. Die Landesregierung jedoch sah bislang keinen Grund zur Beanstandung.

„Wenn man wenigstens das Gefühl hätte, dass es einen Nutzen gibt“, sinniert Hocker, der nicht an eine Energiewende durch die Verspargelung der Landschaften glaubt. „Die Belastung von Natur und Umwelt ist immens. Ich sehe einfach nur, dass Geld umverteilt wird.“ Es seien schließlich Milliarden, die durch die Ökostrom-Umlage bewegt werden. Hocker setzt auf die Landtagswahl: „Ich denke, dass es keine rot-grüne Mehrheit am Sonntag geben wird.“

„Keine tieffrequenten Töne“

ANTWORT Landkreis verpasst Termin der Stellungnahme

HANNOVER/AURICH/ERT – Der Landkreis Aurich fehlt in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Landtagsabgeordneten Dr. Gero Hocker und Christian Grascha, weil er sich zu spät gemeldet hatte. Das teilte Justina Lethen von der Pressestelle des niedersächsischen Umweltministeriums dem KURIER gestern mit. Auch drei weitere Landkreise, deren Antwort

nicht fristgemäß eintraf, wurden nicht mehr berücksichtigt.

Der Landkreis Aurich habe in seiner Stellungnahme mitgeteilt, dass auf die Beschwerden von Anwohnern der Windparks in Roggenstede, Arle und Wiesmoor-Mullberg jeweils mit einer Immissionsmessung reagiert wurde. Es sei festgestellt worden, dass der Beurteilungspegel den zulässigen Immissionsrichtwert einhält. Lethen:

„Im Rahmen der Messungen konnten keine Hinweise auf schädliche tieffrequente Geräusche festgestellt werden.“

Auch bei den Emissionsmessungen, die an zahlreichen Windrädern in Dornum und Großheide durch die Betreiber vorgenommen wurden, seien keine Auffälligkeiten festgestellt worden. „Am Fazit der Antwort an den Landtag ändert sich daher nichts.“